

BESCHLUSS

aus der 7. Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 10.02.2022

Öffentliche Sitzung

5. Antrag der CDU-Fraktion zur Änderung der Entschädigungssatzung AT-1/2022 vom 04.10.2017

Frau Wörner-Böning begründet den Antrag für die CDU-Fraktion.

Herr Bailey stellt folgenden Änderungsantrag für die Fraktionen SPD und Bündnis90/Die Grünen: Der Magistrat wird gebeten, alle Entschädigungssatzungen zu überarbeiten.

Die Prüfergebnisse sollen zunächst im HFA beraten werden und folgende Punkte umfassen:

- Prüfung einer Pauschale für Gremienmitglieder
- Benennung des Verwaltungsaufwands für anwesenheitsorientierte Sitzungsgeldauszahlungen für Gremienmitglieder
- Anpassung der Sitzungsgelder und Aufwandsentschädigungen für ehrenamtlich Tätige, Gremienmitglieder, Wahlhelfer/innen, etc. Hierbei ist sich an den Nachbarkommunen zu orientieren. Mögliche Mehrkosten sind auszuweisen.

Es gibt Wortmeldungen von Frau Sacha und Herrn Bürgermeister Bär. Man verständigt sich darauf, den Prüfauftrag einschließlich des Änderungsantrages für den Magistrat in der nächsten Sitzung des HFA zu konkretisieren.

Antrag

In unserem Antrag bitten wir den Magistrat, die Verwaltung zu beauftragen, eine Neufassung der Entschädigungssatzung für Gremienmitglieder zu entwerfen. Ziel unseres Antrages ist es, den Verwaltungsaufwand für die Ermittlung und Auszahlung von Sitzungsgeldern in der Stadtverwaltung zu reduzieren und die Mitarbeiter zu entlasten. Wir bitten, darum folgende Punkte zu prüfen und einen Vorschlag zu erarbeiten:

- Ablösung der anwesenheits-orientierten Entschädigung durch eine Pauschale ohne weitere Prüfung von Teilnehmerlisten
- Benchmark mit anderen Kommunen im Main-Kinzig-Kreis (z.B. Gelnhausen, abrufbar unter <https://www.nidderau.de/wp-content/uploads/2019/01/Entsch%C3%A4digungssatzung-in-Kraft-getreten-am-01.01.2019.doc.pdf>)
- Umsetzung rückwirkend ab 01.01.2022

Der Antrag soll einschließlich des Änderungsantrages für die nächste Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses aufgenommen und der Prüfauftrag für den Magistrat konkretisiert werden.

Beratungsergebnis:

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen:	(30)	SPD (11), Grüne (6), CDU (10), FWG (3), FDP (0)
Nein-Stimmen:	()	SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (0), FDP (0)

Enthaltungen: () SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (0), FDP (0)